

DIAS-Kommentar

Nr. 111 • August 2007

Tatsiana Lintouskaya

Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl

Die Schaffung eines nachhaltig funktionierenden politischen Systems als große Herausforderung für die Ukraine ist bisher noch nicht gelungen, wie die jüngeren Entwicklungen in der ukrainischen Politik zeigen. Nach der letzten Verfassungsreform, die ein semipräsidentielles Regierungssystem inklusive bipolarer Exekutive einführte, haben die demokratischen Formen der politischen Kohabitation keine großen Erfolge erzielt. Als der Machtkampf zwischen Präsident und Premierminister sich entfaltete, erwiesen sich die wichtigsten Institutionen als handlungsunfähig. Die Politikverdrossenheit der ukrainischen Bürger, die erneute Konfrontation zwischen dem Ost- und Westteil des Landes sowie die Spaltung des orangenen Lagers werden die Findung von konstruktiven Mehrheiten noch erschweren. Die vorgezogenen Parlamentswahlen werden daher aller Voraussicht nach die Situation nicht verbessern, sondern eher die Krise verlängern.

Die Orange Revolution in Kiew sorgte 2004 für Schlagzeilen in allen Zeitungen. Ein Massenprotest für einen Elitenwechsel und die Entwicklung des Landes in Richtung westeuropäischer Werte sowie gegen die Wahlfälschungen und die von oben geplante Machtübergabe, die die Fortsetzung des Kutschma-Regimes sichern sollte, führte dazu, dass das Oberste Gericht des Landes die Präsidentenwahl für ungültig erklärte und eine Wiederholung des Urnenganges ansetzte, die den Führer der Opposition und einen der Protagonisten der Orangen Revolution, Viktor Juschtschenko an die Spitze des ukrainischen Staates brachte. Hinter der Kulissen handelten Opposition und Regierung aber im Dezember 2004 einen Elitenpakt aus, der Verfassungsänderungen vorsah. Diese führten zu Einschränkungen der Machtbefugnis des Präsidenten und Stärkung des Parlaments und insbesondere des Premierministers. Im Kontext der Verbreitung der autoritären Tendenzen in präsidentiellen Regierungssystemen in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wurde dieser Schritt im Prinzip als positiv für die Entwicklung der demokratischen Kräfte und der breiteren Partizipation in den politischen Prozessen angesehen. Gleichzeitig barg der ausgehandelte Übergang vom präsidentiellen zum semipräsidentiellen Regierungssystem viele Gefahren für die Ukraine.

Im Falle des semipräsidentiellen Regierungssystems mit bipolarer Exekutive können Reibungsverluste entstehen, wenn der Präsident und der Premierminister verschiedenen politischen Parteien angehören. Die sogenannte Kohabitation, die z.B. in Frankreich häufig vorkommt, verlangt nicht nur stabile und reife demokratische Institutionen, klare Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative und ein effektives System der „Checks and Balances“, sondern auch ein bestimmtes Niveau der politischen Kultur, die durch ein solides Demokratieverständnis der politischen Eliten, Verantwortungsgefühl vor den Wählern sowie einen öffentlichen Diskurs gekennzeichnet ist. Da die politische Realität in der Ukraine noch sehr weit von diesem Zustand entfernt ist, war der politische Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister seit den Parlamentswahlen im Jahre 2006 vorprogrammiert. Juschtschenko, dessen Partei „Unsere Ukraine“ 81 Sitze im neuen Parlament gewann, hätte eine Koalition zusammen mit dem „Block Julia Timoschenko“ (129 Sitze) und der „Sozialistischen Partei“ (33 Sitze) bilden können, aber die Interessensgegensätze erwiesen sich als zu groß, was sich z.B. in der vergeblichen Kandidatur von Timoschenko als neue Regierungschefin manifestierte. Der Führer der „Sozialistischen Partei“, Alexander Moroz, lief am Ende in das blaue Lager über, was eine Mehrheitskoalition mit Janukowitsch als Premierminister ermöglichte.

In dieser Situation stand Juschtschenko vor dem Dilemma, ob er in der Opposition auf Konf-

rotationskurs mit der neuen Regierung gehen sollte oder nicht. Eine Kooperation mit dem ehemaligen Gegner war für viele „Orange“ unvorstellbar, doch er entschied sich dafür. Seiner Argumentation nach, musste er als Staatspräsident seine Funktionen ausfüllen und die Handlungsfähigkeit des Staates sichern, weshalb er den Weg der Zusammenarbeit mit der diesmal legitim an die Macht gekommenen Partei der Regionen einschlug. Als Grundlage für die Mitarbeit hat er einen „Pakt Nationaler Einheit“ vorgeschlagen, der die wesentlichen Unterschiede der ukrainischen Innen- und Außenpolitik in den Parteiprogrammen adressierte und der vom Präsidenten und vom Premierminister im Sommer 2006 unterschrieben wurde. Doch der Pakt erfüllte die Erwartungen nicht, da die Abgrenzung der Kompetenzen nicht zur erfolgreichen Kohabitation zwischen beiden Exekutiven führte. Juschtschenko wurde nämlich den noch in der politischen Mentalität tiefsitzenden Vorstellungen über einen starken Staatsführer nicht gerecht. Seine Zusammenarbeit mit Janukowitsch wurde als Schwäche und nicht als verantwortungsvolles politisches Handeln angesehen. Für die „Partei der Regionen“ war der unterzeichnete Pakt nur ein taktisches Mittel, um die eigenen Machtpositionen auszubauen und die Stellung des Präsidenten zu schwächen. In den 8 Monaten nach der Unterzeichnung des Paktes kam es immer wieder zu Konflikten zwischen den beiden Polen der Exekutive, wobei die ausgehandelten Grundsätze des Paktes mehrmals verletzt wurden. Die Lage eskalierte Anfang 2007 als Janukowitsch versuchte, eine Mehrheit von 300 Stimmen im Parlament zu erreichen, die Änderungen der Verfassung ermöglicht hätte. Viele Abgeordnete vom „Block Julia Timoschenko“ und „Unsere Ukraine“ liefen aus verschiedensten Gründen (angebliche finanzielle Begünstigungen, unzureichende Parteidisziplin oder Opportunismus) zur „Partei der Regionen“ über. Als Juschtschenko daraufhin per Erlass das Parlament auflöste, geriet die Ukraine in eine tiefe politische Krise.

Der Präsidentenerlass war umstritten, da einerseits das Übergehen von Abgeordneten nicht einer der verfassungswidrigen Fälle ist, in welchem der Präsident zu solchen Maßnahmen greifen musste, und andererseits dies offensichtlich ein Versuch war, mit fragwürdigen Schritten und gegen den Willen der Wähler, die Machtverhältnisse zu ändern. Eigentlich hätte diese politische Krise von den zuständigen Institutionen gelöst werden müssen, nämlich durch das Justizsystem. Doch wie schwach, politisiert und handlungsunfähig die Justiz in der Ukraine ist, wurde deutlich, als die „Partei der Regionen“ beim Verfassungsgericht Klage einreichte. In demokratischen Ländern sind Institutionen ein wichtiger Bestandteil der „Checks and Balances“, die die Politik kontrollieren und für eine konstitutionelle Lösung der Konflikte sorgen. In der Ukraine ist das Vertrauen in Institutionen als handlungsfähige Organe, die eine verbindliche Entscheidung treffen, sehr gering. Nach der Umfrage des Ukrainischen Institutes der sozialen Forschungen, glauben nur 10% der Ukrainer daran, dass das Verfassungsgericht den Verlauf der politischen Prozesse im Land bestimmt.

Die politischen Akteure haben demonstriert, wie gering sie die wichtigsten demokratischen Institutionen schätzen, die nur als Mittel zum Zweck zu dienen scheinen, um ihre Ziele zu erreichen. Die Richter, die unabhängig sein sollten, standen unter starkem Druck von beiden Parteien und es gab keine Hoffnung, dass eine getroffene Entscheidung, von beiden politischen Lagern akzeptiert worden wäre. Die Ukraine geriet deshalb in eine Situation der völligen politischen Handlungsunfähigkeit und die Krise verlagerte sich auf die Ebene des politischen Duells, das nur persönlich geregelt werden konnte. Nach einigen von Muskelspielen begleiteten Versuchen, z.B. die Besetzung der Staatsanwaltschaft durch die Sondereinheit Berkut, erzielten Juschtschenko und Janukowitsch Ende Mai 2007 den Kompromiss, die Neuwahlen auf den 30. September zu legen. Laut der Umfrage des Recherchezentrums TNS Ukraine, wären bereits am 24. Juni 2007 Parlamentswahlen gewesen, so hätten 31,7% für die „Partei der Regionen“ ihre Stimmen abgeben, 17,8% für „Block Julia Timoschenko“, 8,3% für „Unsere Ukraine“, 3,5% für die neue Partei „Volksselbstverteidigung“ von Luzenko und

3,3% für die „Kommunistische Partei“. Die „Sozialistische Partei“ hätte 1,4 % der Stimmen bekommen. 12,4% hätten gar nicht an den Wahlen teilgenommen und 6,4 % hätten gegen alle Parteien gestimmt. Wenn sich dieser Trend bis zum September fortsetzt, steht die Ukraine vor dem Dilemma, dass weder das orange Lager eine absolute Mehrheit erhält noch das blaue Lager die erforderliche Anzahl von 300 Mandaten erringt, um durch Verfassungsänderungen die Macht des Präsidenten weiter zu beschneiden. Insofern ist zu erwarten, dass die „Partei der Regionen“ weiterhin den Premierminister stellen und damit das politische Patt fortbestehen wird.

Juschtschenko hofft darauf, dass er durch sein starkes Auftreten und konsequentes Handeln zusätzliche Stimmen gewinnen kann. Doch wie der hohe Anteil der Nichtwähler und der Ablehner des etablierten Parteienspektrums zeigen, zweifeln viele Ukrainer daran, dass die Entscheidung über die Neuwahlen richtig war und wesentliche politische Änderungen bringen wird. Die Politikverdrossenheit und Enttäuschung über unerfüllte orange Blümenträume sind so groß, dass die Findung klarer und konstruktiver Mehrheiten durch die Neuwahlen zusätzlich erschwert wird. Der Wahlkampf wird auch deswegen schwierig sein, da die Unzufriedenheit über Juschtschenkos Politik in der Gesellschaft groß ist. Viele Ukrainer denken, dass das Land grundsätzlich von Oligarchen regiert wird und in der Ukraine oligarchische Strukturen und andere Partikularinteressen bis in die politischen Organe und Entscheidungsfindungsprozesse reichen. Der Protest gegen das Kutschma-Regime war teilweise dadurch zu erklären, dass die Gesellschaft gegen die Herrschaft der Wirtschaftsmagnaten sowie das damit verbundene hohe Korruptionsniveau und den Machtmissbrauch rebellierte. Juschtschenko schien fähig zu sein, die Monopole der Oligarchen zu brechen und die Politik unter die Kontrolle der Wähler zu stellen. Doch erfüllten sich diese Hoffnungen nicht, was schließlich den Erfolg von Timoschenko in den Parlamentswahlen bedingte, die durch ihre radikale und populistische Rhetorik einen Teil seiner Wähler für sich gewinnen konnte.

Die politische Lage wird auch deswegen fortbestehen, weil Juschtschenko ein altes Problem nicht gelöst hat, das auch die weitere demokratische Entwicklung behindert, nämlich die regionalen Differenzen entlang der Ost-West-Trennlinie. Diese Spaltung des Landes beruht auf der unterschiedlichen historischen und kulturellen Entwicklung (bedingt in erster Linie durch die Zugehörigkeit der westlichen Gebiete zu Österreich-Ungarn und Polen) und ökonomischen Faktoren (insb. der Existenz des großen postsowjetischen industriellen Komplexes, der stark an Rußland gebunden ist). Die beiden Teile der Ukraine zeigen zwar seit der Erlangung der Unabhängigkeit gegensätzliche politische Präferenzen, doch sind die regionalen Differenzen nicht so eindeutig, wie man sich das vorstellen kann. Erstens, die Globalisierung und Öffnung der Ukraine haben viel zur Emanzipation von Russland beigetragen und dazu geführt, dass die Interessen der ukrainischen Wirtschaft nicht nur im Osten, sondern zunehmend auch im Westen liegen. Zweitens, eng verbunden mit den Differenzen zwischen der Ost- und Westukraine sind soziale und wirtschaftliche Ängste, die von Politikern ausgenutzt werden. Es geht dabei um die Rolle des Staates – also ob der Staat die patriarchische Rolle erfüllen oder Konkurrenz und Individualität fördern soll. Die „Partei der Regionen“ wird noch so lange mit den Ängsten der Bevölkerung der Ostukraine spielen und davon profitieren, wie die orange Koalition diese Probleme nicht adressiert und keine klare Vision der Zukunft der Ukraine vorstellt. Da alle Parteien in der Zeit vor den Wahlen dazu neigen, auf ihren Positionen zu verharren und den Status Quo zu konservieren, läßt sich vermuten, dass die Ost-West-Unterschiede in der Wahlkampagne so stark instrumentalisiert werden, dass ein Auseinanderdriften der Landesteile noch zunimmt.

Der Wahlkampf geht Hand in Hand mit der Diskussion über Verfassungsänderungen. Zur Zeit schlagen nahezu alle ukrainischen Politiker verschiedene Ideen vor, was für ein Regie-

rungssystem die Ukraine braucht. Das bedingt gewisse Nachteile für „Unsere Ukraine“ und das orange Lager im Allgemeinen. Einerseits zersplittern nämlich die unterschiedlichen Reformideen die eigene Wählerschaft, andererseits wecken sie Skepsis in der Gesellschaft, die gerade Beweise dafür bekommen hat, dass weder ein präsidentielles noch ein semipräsidentielles Regierungssystem etwas an der Handlungsfähigkeit und Transparenz des Institutionengefüges nachhaltig ändern. Die kommenden Parlamentswahlen werden wieder die Institutionen des Landes auf die Probe stellen, was angesichts der unzureichenden Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit des Justizsystems und der Zentralen Wahlkommission eine Fortsetzung des politischen Patts als wahrscheinlichstes Szenario erwarten läßt. Obwohl der Parlamentseinzug der Partei „Volksselbstverteidigung“ von Luzenko und das mögliche Ausscheiden der „Sozialistischen Partei“ neue Optionen für die Koalitionsbildung bringen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass der Wahlausgang keine wesentlichen Veränderungen bringt. Es ist davon auszugehen, dass es keinen eindeutigen Gewinner und weiterhin interne Machtkämpfe geben wird, so dass sich die Krise mindestens bis zur nächsten Präsidentenwahl fortsetzen wird.

DIAS-Kommentare

- 1 Alexander Alvaro
Der globalisierte Terror 29. April 2003
- 2 Michaela Hertkorn
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship 17. Juni 2003
- 3 Henricke Paepcke
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak 17. Juni 2003
- 4 Panagiota Bogris
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein 18. Juli 2003
- 5 Ulf Gartzke
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative 19. Juli 2003
- 6 Lars Mammen
Herausforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen 11. September 2003
- 7 Ulf Gartzke
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen 21. September 2003
- 8 Daniel J. Klocke
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce 21. September 2003
- 9 Elizabeth G. Book
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation 10. Oktober 2003
- 10 Dr. Bastian Giegerich
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines 12. Oktober 2003
- 11 Barthélémy Courtment
Understanding the deep origins of the transatlantic rift 22. Oktober 2003
- 12 Rolf Schwarz
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th 09. November 2003
- 13 Ulf Gartzke
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War 15. November 2003
- 14 Daniel J. Klocke
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? 15. November 2003
- 15 Panagiota Bogris
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung 21. November 2003
- 16 Jessica Duda
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? 21. November 2003
- 17 Elizabeth G. Book
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? 29. November 2003
- 18 Holger Teske
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung 29. November 2003
- 19 Niels-Jakob Küttner
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung 11. Dezember 2003

- | | | |
|----|---|-------------------|
| 20 | Unbekannt
Der große europäische Teppich | 11. Dezember 2003 |
| 21 | Unbekannt
Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung | 14. Januar 2004 |
| 22 | Dimitrios Argirakos
Marx reloaded – einige Gedanken zum 155. jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes | 08. März 2004 |
| 23 | Ulf Gartzke
Regime Change à la El Kaida | 20. März 2004 |
| 24 | R. Alexander Lorz
Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer | 27. April 2004 |
| 25 | Alexander Siedschlag
Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung | 02. Mai 2004 |
| 26 | Niels-Jakob Küttner
Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig | 17. Juni 2004 |
| 27 | Karim Zourgui
Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung | 02. Juli 2004 |
| 28 | Dimitrios Argirakos
Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung | 02. Juli 2004 |
| 29 | Alexander Alvaro
Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten | 14. Januar 2005 |
| 30 | R. Alexander Lorz
Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa | 14. Januar 2005 |
| 31 | Harpriye A. Juneja
The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century | 22. Januar 2005 |
| 32 | Joshua Stern
NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11 | 22. Januar 2005 |
| 33 | Caroline Oke
The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century? | 22. Januar 2005 |
| 34 | Dustin Dehez
Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft | 01. Februar 2005 |
| 35 | Marwan Abou-Taam
Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft | 01. Februar 2005 |
| 36 | Dimitrios Argirakos
Die Entente der Halbstarke, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa | 10. Februar 2005 |

- | | | |
|----|--|------------------|
| 37 | Jessica Heun
Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt... | 17. Februar 2005 |
| 38 | Dustin Dehez
Umfassender Schutz für Truppe und Heimat? | 01. März 2005 |
| 39 | Dimitrios Argirakos
Über das Wesen der Außenpolitik | 02. Mai 2005 |
| 40 | Babak Khalatbari
Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost | 02. Mai 2005 |
| 41 | Panagiota Bogris
Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen | 09. Mai 2005 |
| 42 | Jessica Heun
Quo vadis Roma? | 17. Mai 2005 |
| 43 | Patricia Stelzer
Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz | 27. Mai 2005 |
| 44 | Daniel-Philippe Lüdemann
Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations | 02. Juni 2005 |
| 45 | Dr. Michaela Hertkorn
France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations | 03. Juni 2005 |
| 46 | Babak Khalatbari
Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt | 04. Juni 2005 |
| 47 | Edward Roby
A hollow economy | 13. Juni 2005 |
| 48 | Patricia Stelzer
Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu | 02. Juli 2005 |
| 49 | Lars Mammen
Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismuspolitik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union | 08. Juli 2005 |
| 50 | Daniel Pahl
Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran | 19. Juli 2005 |
| 51 | Michaela Hertkorn
An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London | 22. Juli 2005 |
| 52 | Dustin Dehez
Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit? | 24. Juli 2005 |
| 53 | Edward Roby
Who 'll stop the winds? | 29. Juli 2005 |
| 54 | Patricia Stelzer
Lost in global indifference | 01. August 2005 |

- | | | |
|----|--|--------------------|
| 55 | Dustin Dehéz
Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs | 04. August 2005 |
| 56 | Dr. Dimitrios Argirakos
Die diplomatische Lösung im Fall Iran | 12. August 2005 |
| 57 | Jessica Heun
Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer? | 23. August 2005 |
| 58 | Wilko Wiesner
Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen? | 31. August 2005 |
| 59 | Edward Roby
Where do Jobs come from? | 04. September 2005 |
| 60 | Lars Mammen
Remembering the 4 th Anniversary of 9-11 | 11. September 2005 |
| 61 | Ulf Gartzke
The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S | 16. September 2005 |
| 62 | Sascha Arnautovic
Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht sich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter | 27. September 2005 |
| 63 | Dustin Dehéz
Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq | 25. Oktober 2005 |
| 64 | Michaela Hertkorn
Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections | 07. November 2005 |
| 65 | R. Alexander Lorz
The Eternal Life of Eternal Peace | 07. November 2005 |
| 66 | R. Alexander Lorz
International Constraints on Constitution - Making | 08. November 2005 |
| 67 | Unbekannt
The NATO Response Force – A 2006 Deliverable? | 15. November 2005 |
| 68 | Jessica Heun
10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung | 15. November 2005 |
| 69 | Hendrik Schulten
Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenswesens der Bundeswehr | 02. Dezember 2005 |
| 70 | Edward Roby
Transatlantic financial market: integration or confrontation? | 12. Dezember 2005 |
| 71 | Dustin Dehéz
Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa | 25. Dezember 2005 |
| 72 | Franz Halas/Cornelia Frank
Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand | 16. Januar 2006 |
| 73 | Mark Glasow
Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne | 07. Februar 2006 |

- | | | |
|----|---|------------------|
| 74 | Ulf Gartzke
What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor | 09. Februar 2006 |
| 75 | Edward Roby
Control of oil is dollar strategy | 13. Februar 2006 |
| 76 | Dr. Lars Mammen
Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung? | 10. März 2006 |
| 77 | Edward Roby
New asset class for cosmopolitan high rollers | 18. März 2006 |
| 78 | Daniel Pahl
Thoughts about the military balance the PRC and the USA | 18. März 2006 |
| 79 | Dustin Dehéz
Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo | 18. März 2006 |
| 80 | Lars Mammen
Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus | 26. März 2006 |
| 81 | Edward Roby
Clocking the speed of capital flight | 17. April 2006 |
| 82 | Ulf Gartzke
Turkey's Dark Past and Uncertain Future | 17. April 2006 |
| 83 | Lars Mammen
Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui | 04. Mai 2006 |
| 84 | Jessica Heun
See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil | 23. Mai 2006 |
| 85 | Tiffany Wheeler
Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment | 23. Mai 2006 |
| 86 | Dustin Dehéz
Obstacles on the way to international recognition for Somaliland | 29. Mai 2006 |
| 87 | Dustin Dehéz
Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen? | 01. Juni 2006 |
| 88 | Samuel D. Hernandez
Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player | 21. Juni 2006 |
| 89 | Sarabeth K. Trujillo
The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters | 21. Juni 2006 |
| 90 | Matthew Omolesky
Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo | 26. Juni 2006 |
| 91 | Eckhart von Wildenradt
A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954 | 26. Juni 2006 |

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 92 | Gesine Wolf-Zimper
Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung? | 01. Juli 2006 |
| 93 | Edward Roby
The geopolitics of gasoline | 10. Juli 2006 |
| 94 | Michaela Hertkorn
Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon | 01. August 2006 |
| 95 | Edward Roby
Germany's 2% boom | 11. September 2006 |
| 96 | Lars Mammen
Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 | 12. September 2006 |
| 97 | Dustin Dehéz
Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia | 28. September 2006 |
| 98 | Edward Roby
Asian energy quest roils worldwide petroleum market | 02. Oktober 2006 |
| 99 | Christopher Radler
Ägypten nach den Parlamentswahlen | 11. Oktober 2006 |
| 100 | Michaela Hertkorn
Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework | 16. November 2006 |
| 101 | Raphael L'Hoest
Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie | 10. Januar 2007 |
| 102 | Klaus Bender
The Mystery of the Supernotes | 11. Januar 2007 |
| 103 | Dustin Dehéz
Jahrhundert der Ölkriege? | 11. Januar 2007 |
| 104 | Edward Roby
A Nutcracker for Europe's energy fantasies | 14. Januar 2007 |
| 105 | C. Eduardo Vargas Toro
Turkey' s Prospects of Accession to the European Union | 25. Januar 2007 |
| 106 | Unbekannt
Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk | 30. Januar 2007 |
| 107 | Edward Roby
Healthy market correction or prelude to a perfect storm? | 19. März 2007 |
| 108 | Edward Roby
Upswing from nowhere | 25. Mai 2007 |
| 109 | Daniel Pahl
Restraint in interstate – violence | 29. Juni 2007 |
| 110 | Michaela Hertkorn
Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive | 02. Juli 2007 |

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 111 | Tatsiana Lintouskaya
Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl | 10. August 2007 |
| 112 | Edward Roby
Western credit crunch tests irreversibility of globalization | 10. August 2007 |
| 113 | Holger Teske
Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik? | 31. August 2007 |
| 114 | Edward Roby
Euro shares reserve burden of wilting dollar | 22. Oktober 2007 |
| 115 | Peter Lundin
The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration | 07. November 2007 |
| 116 | Michaela Hertkorn
Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework | 01. Dezember 2007 |
| 117 | Dimitrios Argirakos
Merkels Außenpolitik ist gefährlich | 07. Dezember 2007 |
| 118 | Edward Roby
Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective | 07. Dezember 2007 |
| 119 | Dr. Christian Wipperfürth
Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen | 05. Januar 2008 |
| 120 | Dustin Dehéz
Somalia – Krieg an der zweiten Front? | 06. Februar 2008 |
| 121 | Edward Roby
Can Europe help repair the broken bubble? | 10. Februar 2008 |
| 122 | Dr. Christian Wipperfürth
Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen | 18. März 2008 |
| 123 | Philipp Schweers
Jemen vor dem Kollaps? | 18. März 2008 |
| 124 | Philipp Schweers
Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl? | 01. April 2008 |
| 125 | Christian Rieck
Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11.September – Implikationen der Irakintervention | 02. April 2008 |
| 126 | Christian Rieck
Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ? | 02. April 2008 |
| 127 | Philipp Schweers
Towards a " New Middle East" ? | 09. April 2008 |
| 128 | Christian Rieck
Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen | 02. Mai 2008 |
| 129 | Christopher Radler
Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad | 06. Mai 2008 |

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 130 | Ulrich Petersohn
Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF) | 09. Mai 2008 |
| 131 | Edward Roby
Food joins energy in speculative global price spiral | 09. Mai 2008 |
| 132 | Edward Roby
Central Banks declare war on resurgent inflation | 12. Juni 2008 |
| 133 | Daniel Werdung
Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe | 12. Juni 2008 |
| 134 | Christian Rieck
Bemerkung zum europäischen Traum | 13. Juni 2008 |
| 135 | Philipp Schweers
Zukunftsbranche Piraterie? | 13. Juni 2008 |
| 136 | Philipp Schweers
Yemen: Renewed Houthi - Conflict | 19. Juni 2008 |
| 137 | Philipp Schweers
Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus | 20. Juni 2008 |
| 138 | Dustin Dehéz
Der Ras Doumeira-Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich? | 09. Juli 2008 |
| 139 | Philipp Schweers
A new security paradigm for the Persian Gulf | 09. Juli 2008 |
| 140 | Edward Roby
Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy | 27. August 2008 |
| 141 | Edward Roby
Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row | 25. September 2008 |
| 142 | Burkhard Theile
Bankenkrise und Wissensgesellschaft | 21. November 2008 |
| 143 | Christopher Radler
Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idás? | 30. Dezember 2008 |
| 144 | Edward Roby
Credit crisis starts to level global trade imbalances | 14. Januar 2009 |
| 145 | Daniel Pahl
Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident | 20. Januar 2009 |
| 146 | Christopher Radler
Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse | 29. Januar 2009 |
| 147 | Christian Rieck
The Legacy of the Nation – State in East Asia | 29. März 2009 |
| 148 | Edward Roby
A recovery on credit | 04. September 2009 |
| 149 | Christopher Radler
Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idás | 28. Oktober 2009 |

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 150 | Rana Deep Islam
Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse | 13. Dezember 2009 |
| 151 | Edward Roby
Devil gas takes blame for death and taxes | 16. Dezember 2009 |
| 152 | Vinzenz Himmighofen
Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt | 15. Januar 2010 |

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org